

Anlage VI

Datenschutzinformation gem. Artikel 13 und 14 der EU-DSGVO (Kindertagesstätten)

1. Einleitung

Die Einhaltung datenschutzrechtlicher Vorgaben hat einen hohen Stellenwert für unser Unternehmen. Wir möchten Sie nachfolgend über die Erhebung Ihrer personenbezogenen Daten bei uns aufklären.

Folgende Informationen zur Datenverarbeitung gelten für die Verarbeitung personenbezogener Daten durch die AWO Kita und ambulante Dienste GmbH auf Grundlage des mit uns geschlossenen Vertrages. Welche Daten im Einzelnen verarbeitet und in welcher Weise genutzt werden, richtet sich maßgeblich nach dem Inhalt Ihres Vertrages mit der AWO Kita und ambulante Dienste GmbH.

2. Name und Kontaktdaten der Verantwortlichen Stelle sowie des Datenschutzbeauftragten:

Für die Datenerhebung und -verarbeitung ist die

AWO Kita und ambulante Dienste GmbH
Teichmannstraße 1
04288/ Leipzig
Tel: 034297-98889-0
E-Mail: zentrale@awo-leipzigerland.de
verantwortlich.

Die betriebliche Datenschutzbeauftragte der AWO Kita und ambulante Dienste GmbH ist Frau Landgraf, zu erreichen unter o.g. Anschrift bzw. unter Tel. 034297-98889-0, E-Mail: datenschutz@awo-leipzigerland.de erreichbar.

3. Kategorien von personenbezogenen Daten

Im Rahmen des oben unter Punkt 1 genannten Vertragsverhältnisses verarbeiten wir folgende Kategorien von personenbezogenen Daten:

- Stammdaten der Personensorgeberechtigten (Name, Geburtsdaten, Anschrift, Kontaktdaten für Notfälle, Staatsangehörigkeit, Familienstand, Religion, ggf. Bankverbindung)
- Stammdaten des betreuten Kindes (Name, Vorname, Geburtsdatum, Adresse, Staatsangehörigkeit, Religion).

Für die Bearbeitung anfallender Zahlungsverpflichtungen werden entsprechende Bankverbindungsdaten erhoben, die auch auf Ihrer Mitteilung beruhen. Die Erhebung von Gesundheitsdaten des zu betreuenden Kindes sowie ggf. Angaben zu Ernährungseinschränkungen werden ebenfalls erhoben und verarbeitet. Die Erhebung dieser Daten beruht ebenfalls auf Angaben der betroffenen Personensorgeberechtigten.

Die Einrichtung erstellt Dokumentationen von Bildungsprozessen des Kindes (Kind bezogene Entwicklungsbeobachtungen, Fotodokumentationen), die in Form eines Portfolios festgehalten werden. Hierzu erteilen die Personensorgeberechtigten eine Einverständniserklärung.

Im Zuge der Kooperation zwischen Kitas und Grundschulen ist die Kindertagesstätte verpflichtet, in Vorbereitung der Einschulung und in Absprache mit den Personensorgeberechtigten, Unterlagen aus der Entwicklungsdokumentation des Kindes zu übermitteln. Die Übermittlung erfolgt nur bei Einwilligung der Personensorgeberechtigten, die zeitnah vor der Weitergabe der Unterlagen eingeholt wird.

4. Verarbeitungszweck und Rechtsgrundlage

Die Erhebung und Verarbeitung von Daten erfolgt zur Erbringung von Leistungen, zur Umsetzung vorvertraglicher Maßnahmen, die auf Anfrage hin erfolgen, sowie zur Durchführung des Vertrages zur Betreuung und zur Erfüllung unseres Bildungs- und Erziehungsauftrages nach den gesetzlichen Regelungen auf Bundesebene, dem Sozialgesetzbuch – Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII), dem Bundeskinderschutzgesetz und dem Kinderförderungsgesetz, sowie auf Landesebene, dem Sächsischem Kindertagesstätten Gesetz, dem Landesjugendhilfegesetz, dem Sächsischen Kindergesundheits- und Kinderschutzgesetz und dem Sächsischen Bildungsplan.



5. Übermittlung an Dritte

Innerhalb des Trägers (Geschäftsstelle und Kitas) erhalten diejenigen Stellen Zugriff auf die Daten, soweit diese zur Erfüllung vertraglicher und gesetzlicher Pflichten benötigt werden. Auch von uns ggf. eingesetzte Dienstleister und Erfüllungsgehilfen können zu festgelegten Zwecken Daten erhalten.

Eine evtl. Weitergabe zu Werbezwecken erfolgt nicht. Eine Datenweitergabe an Empfänger außerhalb des Trägers erfolgt nur, wenn hierzu eine gesetzliche Verpflichtung besteht oder sie als Betroffener eingewilligt haben. Eine Datenübermittlung an Stellen außerhalb der EU erfolgt nicht.

6. Betroffenenrechte

Bezüglich Ihrer personenbezogenen Daten haben Sie das Recht auf Auskunft, Löschung, auf Einschränkung der Verarbeitung sowie auf Datenübertragbarkeit und im Falle der Unrichtigkeit auf Berichtigung (vgl. Art. 15 - 20 EU-DSGVO).

Sie haben als betroffene Person das Recht auf Beschwerde bei einer für Datenschutz zuständigen Aufsichtsbehörde, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden Daten gegen datenschutzrechtliche Bestimmungen verstößt. Das Beschwerderecht kann insbesondere bei einer Aufsichtsbehörde in dem Mitgliedstaat des Aufenthaltsorts der betroffenen Person oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes geltend gemacht werden.